

BEVOR SIE DIE



IN DEN KIELER LANDTAG WÄHLEN,

LESEN SIE DIES:

1. NACH ALLEN SEITEN OFFEN - WAS WÄHLT MAN DA EIGENTLICH?

Je nach Wahlergebnis will die SPD mit Grünen, SSW, FDP oder auch der CDU zusammenarbeiten, um in Kiel an der Macht zu bleiben. Auch wenn es um die Besetzung höchster Ämter an Landesrechnungshof und Landesverfassungsgericht geht, teilen SPD und CDU die Positionen einvernehmlich und ohne offene Ausschreibung untereinander auf. Der publikumswirksam zelebrierte Streit der SPD mit FDP und CDU soll davon ablenken, dass sich ihre Positionen in Wahrheit immer weiter annähern.

Selbst an den eigenen Ankündigungen im Koalitionsvertrag der „Küstenkoalition“ gemessen gilt für die Nord-SPD vielfach ‘versprochen, gebrochen’: keine Abschaffung von Unternehmenssubventionen, keine Erhöhung der Cannabis-Eigenbedarfsmenge, kein Verkauf der landeseigenen Spielbanken, kein Konzept zum Schutz von Whistleblowern.

2. MINISTERRENTE MIT 62 - SOZIALE GERECHTIGKEIT NACH SPD-ART

Während sich Normalsterbliche erst mit 67 Jahren abschlagsfrei zur Ruhe werden setzen können, hält die SPD daran fest, dass Minister in Schleswig-Holstein schon ab 62 eine komfortable Pension beziehen. Die SPD im Landtag stimmte gegen die von den PIRATEN beantragte Angleichung des Pensionsalters für Minister an die für Bürger und Beamte geltende Altersgrenze von 67 Jahren. Landesrechnungshof, Beamtenbund, Bund der Steuerzahler und Wissenschaftler unterstützten die Initiative zur Angleichung der Altersgrenze. Andere Bundesländer und der Bund haben das Eintrittsalter längst angehoben.

3. UNTERSTÜTZUNG FÜR KONZERNABKOMMEN CETA

Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschützer schlagen Alarm: Das hinter verschlossenen Türen ausgehandelte CETA-Abkommen mitsamt dem darin vorgesehenen Schiedsgericht für Klagen ausländischer Konzerne bedroht Arbeitsplätze, Sozial- und Umweltstandards, die kommunale Daseinsvorsorge und demokratische Entscheidungsspielräume. Die Bundesländer könnten das Abkommen im Bundesrat stoppen. Aber Schleswig-Holsteins SPD-Chef Dr. Ralf Stegner spricht sich sowohl auf dem entscheidenden SPD-Konvent in Berlin als auch im Kieler Landtag für das Abkommen aus und blockiert ein Nein im Bundesrat.

4. AUSBEUTUNG VON PRAKTIKANTEN - GUTE ARBEIT NACH SPD-ART

Das SPD-regierte Land Schleswig-Holstein hat seit 2014 hunderte von Praktikanten bis zu sechs Monate lang beschäftigt, ohne ihnen irgend eine Vergütung zu zahlen, von der sie hätten leben können. Über 100 der unbezahlten Praktikanten hatten sogar eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Studienabschluss. Auch ver.di fordert „bessere Bedingungen für Praktikantinnen und Praktikanten im Landesdienst“ - doch geschehen ist nichts.

5. WINDENERGIEPLANUNG OHNE RÜCKSICHT AUF DEN BÜRGERWILLEN

Nach Plänen der SPD-geführten Staatskanzlei sollen akzeptierte Bürgerwindparks etwa in Nordfriesland nicht weiter betrieben werden dürfen, während andernorts trotz ablehnender Bürgerentscheide hunderte neuer Anlagen errichtet werden sollen. Die SPD stimmte im Landtag gegen einen Gesetzentwurf der PIRATEN, nach dem Gemeindebeschlüsse und Bürgerentscheide zu neuen Windparks verbindlich werden sollen. Der Behauptung der Landesregierung, ein solches Gesetz sei nicht zulässig, widersprechen namhafte Juristen.

BEVOR SIE DIE



IN DEN KIELER LANDTAG WÄHLEN,

LESEN SIE DIES:

1. NACH ALLEN SEITEN OFFEN - WAS WÄHLT MAN DA EIGENTLICH?

Je nach Wahlergebnis will die SPD mit Grünen, SSW, FDP oder auch der CDU zusammenarbeiten, um in Kiel an der Macht zu bleiben. Auch wenn es um die Besetzung höchster Ämter an Landesrechnungshof und Landesverfassungsgericht geht, teilen SPD und CDU die Positionen einvernehmlich und ohne offene Ausschreibung untereinander auf. Der publikumswirksam zelebrierte Streit der SPD mit FDP und CDU soll davon ablenken, dass sich ihre Positionen in Wahrheit immer weiter annähern.

Selbst an den eigenen Ankündigungen im Koalitionsvertrag der „Küstenkoalition“ gemessen gilt für die Nord-SPD vielfach ‘versprochen, gebrochen’: keine Abschaffung von Unternehmenssubventionen, keine Erhöhung der Cannabis-Eigenbedarfsmenge, kein Verkauf der landeseigenen Spielbanken, kein Konzept zum Schutz von Whistleblowern.

2. MINISTERRENTE MIT 62 - SOZIALE GERECHTIGKEIT NACH SPD-ART

Während sich Normalsterbliche erst mit 67 Jahren abschlagsfrei zur Ruhe werden setzen können, hält die SPD daran fest, dass Minister in Schleswig-Holstein schon ab 62 eine komfortable Pension beziehen. Die SPD im Landtag stimmte gegen die von den PIRATEN beantragte Angleichung des Pensionsalters für Minister an die für Bürger und Beamte geltende Altersgrenze von 67 Jahren. Landesrechnungshof, Beamtenbund, Bund der Steuerzahler und Wissenschaftler unterstützten die Initiative zur Angleichung der Altersgrenze. Andere Bundesländer und der Bund haben das Eintrittsalter längst angehoben.

3. UNTERSTÜTZUNG FÜR KONZERNABKOMMEN CETA

Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschützer schlagen Alarm: Das hinter verschlossenen Türen ausgehandelte CETA-Abkommen mitsamt dem darin vorgesehenen Schiedsgericht für Klagen ausländischer Konzerne bedroht Arbeitsplätze, Sozial- und Umweltstandards, die kommunale Daseinsvorsorge und demokratische Entscheidungsspielräume. Die Bundesländer könnten das Abkommen im Bundesrat stoppen. Aber Schleswig-Holsteins SPD-Chef Dr. Ralf Stegner spricht sich sowohl auf dem entscheidenden SPD-Konvent in Berlin als auch im Kieler Landtag für das Abkommen aus und blockiert ein Nein im Bundesrat.

4. AUSBEUTUNG VON PRAKTIKANTEN - GUTE ARBEIT NACH SPD-ART

Das SPD-regierte Land Schleswig-Holstein hat seit 2014 hunderte von Praktikanten bis zu sechs Monate lang beschäftigt, ohne ihnen irgend eine Vergütung zu zahlen, von der sie hätten leben können. Über 100 der unbezahlten Praktikanten hatten sogar eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Studienabschluss. Auch ver.di fordert „bessere Bedingungen für Praktikantinnen und Praktikanten im Landesdienst“ - doch geschehen ist nichts.

5. WINDENERGIEPLANUNG OHNE RÜCKSICHT AUF DEN BÜRGERWILLEN

Nach Plänen der SPD-geführten Staatskanzlei sollen akzeptierte Bürgerwindparks etwa in Nordfriesland nicht weiter betrieben werden dürfen, während andernorts trotz ablehnender Bürgerentscheide hunderte neuer Anlagen errichtet werden sollen. Die SPD stimmte im Landtag gegen einen Gesetzentwurf der PIRATEN, nach dem Gemeindebeschlüsse und Bürgerentscheide zu neuen Windparks verbindlich werden sollen. Der Behauptung der Landesregierung, ein solches Gesetz sei nicht zulässig, widersprechen namhafte Juristen.

6. UNBEZAHLBARER WOHNRAUM

Laut Statistischem Bundesamt muss in keinem deutschen Flächenland ein so hoher Anteil des Einkommens für die Miete ausgegeben werden wie in Schleswig-Holstein. Dennoch hat ein vom SPD-Innenminister vorgelegtes Gesetz die Zahl der Sozialwohnungen im Norden um 25.000 auf nur noch 50.000 gesenkt. Der von der Landesregierung als Allheilmittel propagierte Neubau schafft nach einer für Kiel vorgenommenen Untersuchung des Eduard-Pestel-Instituts zu 98% keinen Wohnraum, der für Gering- bis Normalverdiener bezahlbar wäre.

Das SPD-geführte Innenministerium hat Mieterhöhungen nur in 1% des Landes gekappt und die Mietpreisbremse auch nur für 1% des Landes eingeführt. Ein von den PIRATEN nach Hamburger Vorbild beantragtes Leerstands- und Zweckentfremdungsverbot beispielsweise für den Hamburger Rand, für Flensburg, Kiel und Lübeck sowie für Tourismusgebiete lehnte die SPD im Landtag ab. Wie eng die Verflechtungen der SPD zur Wohnungswirtschaft sind, zeigt der Wechsel des ehemaligen SPD-Innenministers Andreas Breitner direkt aus dem Ministeramt an die Spitze des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen.

7. PKW-MAUT ERMÖGLICHT

Obwohl der Landtag die Einführung einer Pkw-Maut einhellig ablehnte und auch die Kieler Landesregierung das Vorhaben immer wieder kritisierte, telefonierte SPD-Ministerpräsident Albig am Tag vor der Abstimmung im Bundesrat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Gabriel und ließ sich hohe Subventionen für ein Energiewendeprojekt („NEW“) versprechen. Daraufhin stimmte er im Bundesrat gegen die von anderen SPD-Ländern beantragte Einschaltung des Vermittlungsausschusses. Deshalb gibt es von der Pkw-Maut keine Ausnahmen für den Grenzverkehr, was der Grenzregion zu Dänemark massiv schadet.

8. WENIGER TRANSPARENZ

Die SPD im Landtag will gemeinsam mit Grünen, SSW, CDU und FDP den öffentlichen Informationszugang einschränken: Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, der beispielsweise die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen prüft, sollen unter Verschluss bleiben. Transparency International, Abgeordnetenwatch und andere protestieren vergeblich gegen das Vorhaben. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags veröffentlicht seine Gutachten bereits, ein Vorstandsmitglied der Piratenpartei Schleswig-Holstein hat nun den Kieler Landtag verklagt.

Auch die von der Küstenkoalition seit fünf Jahren versprochene Veröffentlichung der Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten soll erst nach der Landtagswahl im Mai 2017 erfolgen, so dass die Wähler keine Chance haben, Konsequenzen aus wirtschaftlichen Verflechtungen zu ziehen.

Den Antrag der PIRATEN, von Lobbyisten abgeschriebene Gesetzentwürfe müssten den Verfasser des Textes nennen, lehnte der Landtag u.a. mit den Stimmen der SPD ab.

9. MEHR ÜBERWACHUNG

Obwohl die SPD Schleswig-Holstein eine verdachtslose Vorratsspeicherung aller Telefon- und Internetverbindungen auf Vorrat ablehnt, sprach sich ihr Vorsitzender Dr. Ralf Stegner auf dem entscheidenden Parteikonvent dafür aus und sicherte so eine Mehrheit dafür. Von der gesamten SPD im Landtag unterstützt werden Pläne zum Bau eines neuen „Telekommunikations-Überwachungszentrums Nord“.

10. WENIGER MITBESTIMMUNG

Im Januar 2017 enthüllten die Lübecker Nachrichten Pläne des SPD-Vorsitzenden Dr. Stegner, nach der Landtagswahl zusammen mit der CDU Bürgerentscheide und die Wahl kleiner Parteien in Kommunalparlamente erschweren zu wollen. In der Zeit zwischen der Landtagswahl und der Bildung einer neuen Koalition könnten SPD und CDU die Hürden auch gegen den Willen der zukünftigen Koalitionspartner anheben, notfalls durch Verfassungsänderung.



6. UNBEZAHLBARER WOHNRAUM

Laut Statistischem Bundesamt muss in keinem deutschen Flächenland ein so hoher Anteil des Einkommens für die Miete ausgegeben werden wie in Schleswig-Holstein. Dennoch hat ein vom SPD-Innenminister vorgelegtes Gesetz die Zahl der Sozialwohnungen im Norden um 25.000 auf nur noch 50.000 gesenkt. Der von der Landesregierung als Allheilmittel propagierte Neubau schafft nach einer für Kiel vorgenommenen Untersuchung des Eduard-Pestel-Instituts zu 98% keinen Wohnraum, der für Gering- bis Normalverdiener bezahlbar wäre.

Das SPD-geführte Innenministerium hat Mieterhöhungen nur in 1% des Landes gekappt und die Mietpreisbremse auch nur für 1% des Landes eingeführt. Ein von den PIRATEN nach Hamburger Vorbild beantragtes Leerstands- und Zweckentfremdungsverbot beispielsweise für den Hamburger Rand, für Flensburg, Kiel und Lübeck sowie für Tourismusgebiete lehnte die SPD im Landtag ab. Wie eng die Verflechtungen der SPD zur Wohnungswirtschaft sind, zeigt der Wechsel des ehemaligen SPD-Innenministers Andreas Breitner direkt aus dem Ministeramt an die Spitze des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen.

7. PKW-MAUT ERMÖGLICHT

Obwohl der Landtag die Einführung einer Pkw-Maut einhellig ablehnte und auch die Kieler Landesregierung das Vorhaben immer wieder kritisierte, telefonierte SPD-Ministerpräsident Albig am Tag vor der Abstimmung im Bundesrat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Gabriel und ließ sich hohe Subventionen für ein Energiewendeprojekt („NEW“) versprechen. Daraufhin stimmte er im Bundesrat gegen die von anderen SPD-Ländern beantragte Einschaltung des Vermittlungsausschusses. Deshalb gibt es von der Pkw-Maut keine Ausnahmen für den Grenzverkehr, was der Grenzregion zu Dänemark massiv schadet.

8. WENIGER TRANSPARENZ

Die SPD im Landtag will gemeinsam mit Grünen, SSW, CDU und FDP den öffentlichen Informationszugang einschränken: Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, der beispielsweise die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen prüft, sollen unter Verschluss bleiben. Transparency International, Abgeordnetenwatch und andere protestieren vergeblich gegen das Vorhaben. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags veröffentlicht seine Gutachten bereits, ein Vorstandsmitglied der Piratenpartei Schleswig-Holstein hat nun den Kieler Landtag verklagt.

Auch die von der Küstenkoalition seit fünf Jahren versprochene Veröffentlichung der Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten soll erst nach der Landtagswahl im Mai 2017 erfolgen, so dass die Wähler keine Chance haben, Konsequenzen aus wirtschaftlichen Verflechtungen zu ziehen.

Den Antrag der PIRATEN, von Lobbyisten abgeschriebene Gesetzentwürfe müssten den Verfasser des Textes nennen, lehnte der Landtag u.a. mit den Stimmen der SPD ab.

9. MEHR ÜBERWACHUNG

Obwohl die SPD Schleswig-Holstein eine verdachtslose Vorratsspeicherung aller Telefon- und Internetverbindungen auf Vorrat ablehnt, sprach sich ihr Vorsitzender Dr. Ralf Stegner auf dem entscheidenden Parteikonvent dafür aus und sicherte so eine Mehrheit dafür. Von der gesamten SPD im Landtag unterstützt werden Pläne zum Bau eines neuen „Telekommunikations-Überwachungszentrums Nord“.

10. WENIGER MITBESTIMMUNG

Im Januar 2017 enthüllten die Lübecker Nachrichten Pläne des SPD-Vorsitzenden Dr. Stegner, nach der Landtagswahl zusammen mit der CDU Bürgerentscheide und die Wahl kleiner Parteien in Kommunalparlamente erschweren zu wollen. In der Zeit zwischen der Landtagswahl und der Bildung einer neuen Koalition könnten SPD und CDU die Hürden auch gegen den Willen der zukünftigen Koalitionspartner anheben, notfalls durch Verfassungsänderung.

